

Meisteraufführungen Wiener Musik. Wiener Tonkünstlerverein; 3. Musikabend, Donnerstag, den 3. ds. im Kleinen Konzerthausaal 7 Uhr abends. Programm: Braun, Kanitz, Laber, Lafite, Meser, Oberleithner, Springer. Mitwirkende Damen: Guggenberger, Kittel, Windhauser, die Herren Behnenap, Grümmer, Sirets, Steger, Wittgenstein-Gastkarten zu 12 K an der Konzerthauskassa.

Kinder aus Bayern. Donnerstag, den 3. Juni um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh kommt am Westbahnhof ein Zug mit Kariteskindern aus Augsburg an. Es kommen jene Kinder, welche am 20. Februar nach Augsburg gefahren sind. Gleichzeitig treffen mit diesem Zuge die Kinder aus Würs-hafen ein, welche am 26. Februar vom Naturheilverein nach dert gebracht werden sind. Die Eltern werden ersucht eine halbe Stunde vor Eintreffen des Zuges am Behnhöfe sich einzufinden.

Die Strassenbahn zu Fren-leichnam. Donnerstag (Frenleichnam) verkehrt die Strassenbahn wie an Sonntagen bis 11 Uhr nachts und gilt an diesem Tage der Sonntagstarif. Früh-, Hin- und Rückfahrtscheine sind nicht, Streckenkarten sind gültig.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 1. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und leitet die auf der Tagesordnung der ersten Sitzung den Wahlen ein. Die Wahlen wurden unter einem vorgenommen. Zu Schriftführern wurden die Gemeinderäte Jorde und Huber, zu Skrutatoren die Gemeinderäte Hellmann und Schmitz bestimmt.

Gewählt wurden: zu Vorsitzenden-Stellvertretern die Gemeinderäte: Skaret, Breuer, Dr. Tanneberg, und Amalie Seidel.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Gemeinderäte: Böck Marie, Glückel Leopoldine, Hedorfer, Huber, Jenschik, Jorde, Pokorny, Waldsam und Walter Gabriele,

Zu Stadträten wurden gewählt: Breitner, Emmerling, Grünwald, Hoss, Dr. Kienböck, Kokrda, Richter, Rummelhardt, Siegel, Speiser, Vaugoin und Witter.

Weiter wurden die Wahlen in die acht Gemeinderatsausschüsse vorgenommen.

Am Schlusse wurden als Mitglieder in das Disziplinarkollegium gewählt die Gemeinderäte: Angeli, Hedorfer, Hengál, Linder, Dr. Odehnal, Amalie Pölzer, Santa, Dr. Scheu und Weber; als Ersatzmitglieder Bauer, Fischer, Forstner, Gröbner, Klimesch, Panosch, Rehak, Schmitz und Wettengel.

Auf die einzelnen Listen wurden 155 bis 159 Stimmen abgegeben und es erscheinen somit die vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Der Bürgermeister nahm hierauf die Angekündigung der 12 Stadträte vor, wobei Schriftführer GR. Jorde die Gelöbnißformel verlas.

Damit war die Tagesordnung der ersten Sitzung erschöpft.

Der Bürgermeister lud sodann die neugewählten Stadträte ein sich in seinem Büro zu versammeln, um die Konstituierung des Stadtsenates vorzunehmen.

In der ersten Sitzung des Stadtsenates wurde folgende Geschäftseinteilung festgesetzt: Die Gemeinderatsausschüsse der acht Gruppen halten ihre Sitzungen von Montag bis Donnerstag nachmittag. Die Sprechstunden aller amtsführenden Stadträte finden ^{jeden} Donnerstag von 10 bis 12 Uhr statt. Der Stadtsenat tritt jeden Dienstag vormittags, wenn notwendig auch Freitag vormittags zu einer Sitzung zusammen. ^{Jeden} Freitag nachmittag hält der Gemeinderat eine Sitzung ab.

In der nach der Konstituierung des Stadtsenates unter Vorsitz des Bgm. Reumann stattgefundenen zweiten Sitzung des Gemeinderates wurden die Stadträte Emmerling und Hoss mit 15 $\frac{2}{3}$ abgegebenen Stimmen zu Vizebürgermeistern gewählt.

Der Gemeinderat gibt hierauf seine Zustimmung zu der Bestimmung der acht amtsführenden Stadträte nach dem Vorschlage des Stadtsenates.

Bgm. Reumann hält nunmehr folgende Ansprache an den Gemeinderat.

Ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte dieser Stadt ist mit dem heutigen Tage zu Ende. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung beginnt eine neue Periode in der Führung der Gemeindegeschäfte. Wir haben uns erst nach reiflicher Ueberlegung dazu entschlossen, Einrichtungen aufzugeben, die drei Jahrzehnte in Wirksamkeit gestanden sind. Die neue Zeit aber erfordert neue Einrichtungen. Schwer und hart ~~ist~~ ^{liegt} die Sorge, um die Nötdurft des Lebens auf der Bevölkerung Wiens. Jeder nimmt heute an den öffentlichen Dingen weit größeren Anteil, als früher. Darum be-

geht die Bevölkerung auch mit vollem Recht, daß ihren Vertretern der gebührende Einfluß auf die Führung der Verwaltung gegeben wird. Wir schätzen nicht gering, was die Beamten bisher geleistet haben, wir haben wiederholt so auch anlässlich der Arbeiten für die beschlossene Verwaltungsreform gesehen, daß hervorragende Kräfte in der Beamtenschaft vorhanden sind. Reorganisationsarbeiten, die sich anderswo Jahre hinschleppen, sind hier unter Führung des Herrn Magistratsdirektors in wenigen Wochen vollbracht worden. Es hat sich gezeigt, was guter Wille und Tüchtigkeit zu leisten vermögen. So sind die wichtigsten Vorarbeiten für die Neugestaltung der Verwaltung zu Ende geführt. Nunmehr werden die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu zeigen haben, daß die gewillt sind, in gemeinsamer Arbeit mit den Angestellten der Stadt an der Lösung der schweren Aufgaben zu arbeiten, die in dieser Zeit der Zerrüttung und der allgemeinen Not der Stadtverwaltung gestellt sind und im Interesse der Bevölkerung zu leisten, was immer nur geleistet werden kann. Es ist selbstverständlich, daß sich in der Uebergangszeit mancherlei Schwierigkeiten ergeben werden. Der gute Wille auf allen Seiten wird sie überwinden. So hoffe ich, daß das Verfassungswerk sich bewähren wird. Im Namen der Stadt rufe ich alle freigewählten Vertreter und die Angestellten der Stadt zu der neuen Arbeit auf, die ihrer harret. Es ist nicht zu vergessen, daß das Reformwerk von gewaltiger Tragweite ist. Es ist nicht ohefflächlich zu beurteilen. Ich hoffe fest darauf, daß das Reformwerk durch die Arbeit der freigewählten Vertreter im Interesse der Bevölkerung sich bewähren wird. Wir haben einen ganz bedeutenden Schritt in der Verwaltung gemacht, und ich hoffe, daß dieser Schritt auch seine Folgen zeitigen wird. Es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um den Erfolg zu zeitigen. Ich hoffe, daß dies gelingen wird.

Es wird hierauf an die Erbedigung, der auf der Tagesordnung stehenden Geschäftstücke geschritten.

Der Bürgermeister teilt mit, daß nur zu zwei Geschäftsstücken Redner vorgemerkt seien und diese daher in Verhandlung gezogen werden.

das in
-Varen tung sog
-Jlich der Arbeit geleistet
nen, daß hervor
ind. Reorgan
pen, d

VB. Emmerling berichtet über einen Vertrag der Gemeinde Wien mit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft und führt aus: Man war der Meinung, daß zu einer besseren Versorgung der eigenen Anstalten der Gemeinde Wien Neuerwerbungen von Landwirtschaften ins Auge zu fassen seien. Wir hatten aber bald einsehen müssen, daß wir hier mit unzulänglichen Kräften ans Werk gegangen sind. So wurde schließlich eine Gesellschaft gegründet, an der sich der Staat, die kaiserlichen Güter und die Stadt zu je einem Drittel beteiligten. Diese Gesellschaft hat einen so großen landwirtschaftlichen Betrieb, daß es zweckmäßig erscheint, ihr auch die landwirtschaftlichen Objekte, die wir haben, zu übergeben. Wir mußten aber auch deshalb trachten diese Güter wegzubringen, weil sie eine so geringe Leistung für das, was unsere Anstalten brauchen, und die Gemeinde Wien benötigt, bieten. Der Antrag auf Verpachtung wird nicht allein gestellt, weil wir die Absicht hatten, die landwirtschaftlichen Betriebe von der städtischen Verwaltung loszulösen, sondern auch, weil wir auf Grund verschiedener Gutachten noch mehr bestärkt wurden, in der Erkenntnis der Zweckmäßigkeit dieser Verpachtung. Die Verpachtung soll auf 20 Jahre abgeschlossen werden und ist rückwirkend auf mit 1. März 1920. Die neue Gesellschaft entrichtet für alle Pachtgüter einen jährlich veränderlichen und später noch näher zu bestimmenden Pachtschilling. Die Gesellschaft verpflichtet sich alle Verträge, die wir abgeschlossen haben, zu übernehmen. Die Rechte der Angestellten bleiben ungeschmälert erhalten. Alles was in der Landwirtschaft erzeugt wird, muß auf dem Wiener Markt kommen. Die Pächterin ist die kommerzielle Durchführungsstelle der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien. Sie hat auch die Erstattung von Gutachten in landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu übernehmen. Schließlich stellt der Referent den Antrag, der vom Magistrat vorgelegte Entwurf eines Vertrages zwischen der Gemeinde Wien und der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. Wien, III., Vorgere Zollamtsstrasse 11 betreffend: 1.) Die städtischen Wägen- und Kutschen, samt teilen der Liegenschaft Bellevue sowie das Landtafelgut Wallhof, das Fondsgut Ebersdorf a. d. Donau und die der Gemeinde Wien gehörigen Auen und Wiesen im 21. Wiener Gemeindebezirk, 2.) die Realgüter Weisser Hof und Freiberg-Hof sowie Deutsch-Altenburg und allenfalls Leopoldau, 3.) die Betrauung der Gesellschaft mit der Durchführung der land-

und forstwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien und Ermächtigung der ersteren den Besatz „Kommerzielle Durchführungsstelle der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien“ zu ihren Firmenwortlauten zu führen, werde genehmigt.

GR. Schmitz (chr. soz.) nennt das Referat ein Lied des Verzichtes auf die hochgepriesene Idee der Sozialisierung. Das was der Gemeinde bisher an Grund und Boden gehörte, wird nunmehr aus der unmittelbaren Bewirtschaftung herausgenommen und einer Gesellschaft übergeben. Dies ist umso sonderbarer, als es sich hier um einen Betriebszweig handelt, der nach Behauptungen von früheren Rednern einer der erträglichsten ist. Es ist sonderbar, daß die Großgrundbesitzerwirtschaft der Gemeinde, von der doch sonst immer gesagt wird, daß sie ungeweinlich reich mache, so versagt hat, daß die Gemeinde auf ihr Eigentums- und ihr Pachtrecht verzichten muß. Es wäre auch interessant zu erfahren, ob es richtig ist, daß die Deputaten auf dem kommunalen Großgrundbesitz mehr ausmachen als die Ertragsmasse der Güter. Wenn dies zutrifft, dann ist nicht zu verstehen, daß von Seite der Mehrheitspartei die gewisse Bewegung unter den Landerarbeitern so gefördert wird, die auch die Gemeinde zu einem so bitteren und blamablen Verzicht gezwungen haben. Man müsse eben den Mut haben, die Tendenzen, die aus der industriellen Wirtschaft an die landwirtschaftliche hineinschlagen, zurückzuweisen. Aber die Sozialdemokraten waren die ersten, die den Streik der Landerarbeiter im Marchfelde im Jahre der Hungersnot heraufbeschworen haben. Redner fragt, was es mit dem Antrage des GR. Karasek wegen der landwirtschaftlichen Arbeiter sei. Die neue Gesellschaft scheint auch keine Gewähr dafür zu bieten, daß die Wirtschaft besser wird. Wenn die kommunale Wirtschaft nicht taugt, dann darf aber auch nicht eine so komplizierte Gesellschaft mit der Wirtschaft betraut werden. Redner fragt, ob weiter mit der Gesellschaft wegen der Wegfreiheit gesprochen wurde damit nicht der Fall eintrete, daß alle bisherigen Ausflugswege abgesperrt werden. Redner weist darauf hin, daß mit den Gütern der Gemeinde durch die Verpachtung auch das Landwirtschaftsamt wegfalle, dem das Kleingartenreferat unterstellt sei. Er stellt diesbezüglich einen Entschliessungsantrag, daß das bisherige Kleingartenreferat, das dem Landwirtschaftsamt angegliedert war, zu einem selbständigen Amte ausgestellt werde und die Agenden der Siedlungsangelegenheiten diesem Amte ange-

gliedert werden. Durch das Referat werden drei Gebiete, der Kobenzl, die Lobau und die Leopoldau weggegeben, die für Siedlungszwecke besonders in Betracht kommen. Obwohl es ungewöhnlich schwer ist für die Kleingartenbestrebungen Grund und Boden aufzubringen, werden Gründe der Gemeinde auf 20 Jahre weggegeben. Die Frage der Besiedelung ist keine Parteifrage, welchem Standpunkt Rechnung getragen werden sollte. Redner beantragt, daß das Referat von der Tagesordnung abzusetzen, um die Bestimmungen wegen des Kobenzl, der Leopoldau und der Lobau in dem Pachtverträge zu ändern. Aus den ausgeführten Gründen müsse er sich gegen das Referat aussprechen.

Referent VB. Emmerling betagt, daß die Gemeinde an der Verpachtung ein Interesse habe und daß aus dem Referate nicht einzelne Teile lösgelöst werden könnten, weshalb er sich gegen die Verpachtung ausspreche.

Bei der Abstimmung wird der Verpachtungsantrag mit der Stimmen der Mehrheit abgelehnt.

Rufe bei den Christlichsozialen: Schrebergärtner!

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) sagt, er habe sich gemeldet, weil er im Prinzip, wie er schon wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, in der gegenwärtigen Zeit für die Aufhebung der Kommunalisierung für eine Reihe von Jahren sei. In diesem speziellen Falle sei er allerdings einigermaßen überrascht, daß die Entkommunalisierung der Majorität gerade bei der Beschränkung der Freiheit, der Gesamtstadtgemeinde bezüglich Grund und Boden beginne. In früheren Jahren habe man sich gerade bemüht, betreffs Erwerbung von Grund und Boden aus Gemeindemitteln außerordentliches zu leisten. Nicht weil man daraus ein besonderes Erträgnis erhoffte, sondern weil man aus der ganzen Entwicklung und modernen Geschichte der mitteleuropäischen Groß- und Mittlere Städte gesehen hat, wie wichtig es sei, daß die Städte an ihrer Peripherie über Grund und Boden verfügen als Luftreservoir und zum Zwecke der weiteren Ausdehnung. Früher sei man ohne Unterschied der Parteistellung in solchen Dingen eines Sinnes gewesen und nun komme gerade diese Mehrheit des Gemeinderates, die je mit zu ihren Programmpunkten die Kommunalisierung und Sozialisierung auch von Grund und Boden anstrebe und beginne dort, wo die Entkommunalisierung eine Schädigung dar für die Gemeinde bedeute. Wenn der Referent gesagt habe, daß es in erster Linie das Interesse der Gemeinde sei sich der Verwaltung und Verantwortung über diese Grundstücke zu entziehen, so richte Redner an ihn die Frage, welche diese wichtigen Gründe seien, die die

Gemeinde jetzt veranlassen die Grundstücke aus ihrer freien Verwaltung herauszugeben. Redner sagte weiter, die Genossenschaftlichen Gesellschaften seien eine/errindung erst der neuesten Zeit und er glaube nicht, daß diese Form der Verwaltung an der die Gemeinde Wien, der Staat und das Hofrat beteiligt seien, sehr gute Resultate erzielen werden. Dieser Punkt Genossenschaftliche Betrieb sei erfinden worden, weil es sich gezeigt habe, daß die Gemeinden nicht gut wirtschaften konnten und daß sie mit den privaten Unternehmungen meist nicht Schritt halten konnten. Die Gemeinde müsse in Lohnkämpfe hineintreten und war dadurch in Gefahr ihre Popularität einzubüßen. Man habe sich daher bemüht statt des eigenen einen fremden Namen einzusetzen.

Er müsse sich auch dagegen aussprechen, daß die Ueberwachung städtischer Betriebe durch aussenstehende Privatpersonen erfolgt. Schließlich führt Redner aus, daß er sich, so sehr er auch für die zeitweilige Entkommunalisierung der industriellen Betriebe sei, sich unbedingt dagegen aussprechen müsse, daß die Gemeinde Grund und Boden entledigt und er beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuweisen, der bei der neuerlichen Beratung vielleicht noch etwas verhindern kann, was als ein Unglück für die Stadt bezeichnet werden wird.

Referent VB. Emmerling spricht sich mit der Begründung gegen den Antrag aus, weil der Vertrag seit Monaten verhandelt und die Bedingungen genau erwogen wurden.

GR. Kürber (chr. soz.) bemängelt, daß in den Ausführungen des Referenten zu wenig Klarheit über die wichtigsten Punkte des Vertrages zu sehen ist. Zur Vergebung von landwirtschaftlichen Gütern müßten andere Gründe vorhanden sein, und es wundere Redner, daß man so schnell an die Verpachtung für die Gemeinde so wichtiger Gründe gehe. Die christlichsoziale Partei habe sich die Sache bei Erwerbung der Grundstücke anders vorgestellt. Die Lobau sollte ein Erholungsort für die Wiener sein. Die Leopoldau habe sich sehr ergiebig erwiesen und durch die dort erzielte Kartoffelernte in der schwierigsten Zeit sehr viel Geholfen. Es wäre angezeigt gewesen ^{sich} die Leopoldau für die Schrebergärtner zu behalten. Diese Pachtung erscheine dem Redner wie der Anfang vom Ende. Wofür habe man dann überhaupt die Gemeindeordnung geändert und acht amtsführende Stadträte geschaffen, wenn es nichts zum arbeiten gäbe. Die Verpachtung wird für die Gemeinde nichts gutes schaffen. Er beantragt, die Güter Wallhof, Kobenzl, Lobau und Leopoldau von der Verpachtung auszuschließen.

GR. Dr. Glassauer (chr. soz.) kritisiert einzelne Punkte des Vertrages und führt aus, daß die Mehrheit die Behauptung, daß sie zur Verwaltung unfähig sei, durch den Abschluß des Pachtvertrages beweise. ~~Obwohl~~ Obwohl selbst Rechtsanwalt, müsse er sich gegen die Fassung des Pachtvertrages wenden, da dieser für seine Berufskollegen ein reiches Feld für Geschäfte bilden werde. Er sei mit den andern Rednern eines Sinnes, daß die Weise wie die Lobau verwertet werden soll, eine Sünde und ein Verbrechen dar-

stelle. Er hätte erwartet, daß man wenigstens einen Teil der ~~Ka-~~ Lobau den Schrebergärtnern zur Verfügung stelle oder hätte man kleine Bauerngüter geschaffen, dann hätte die einheimische Bevölkerung mit Freuden darnach gegriffen. Er ersucht den Vertrag mit Rücksicht auf die Ueberlegung, daß dadurch der Gemeinde Wien ein Schaden zugefügt werde, nicht anzunehmen, da die Gründe im Interesse der Versorgung der Arbeiter und der Bevölkerung von Wien für die Stadt notwendig sind.

VB. Emmerling führt im Schlusswort aus: Es ist begreiflich daß gegen den Vertrag die vernommenen Einwendungen gemacht worden sind, weil man von der falschen Voraussetzung ausgegangen ist, als ob es sich hier um eine Entsozialisierung handle. Die Gründe, die in Betracht kommen, waren aber keine Sozialisierung der Gemeinde, sondern ein kostspieliges Experiment, das wir nicht weiter machen wollen. Es war ein Betrieb, unkaufmännisch betrieben und geführt von ungeeigneten Personen. Im Verwaltungsjahr 1918 bis 1919 waren die Leute, die die Führung der Betriebe hatten, im Rathause kalt gestellt, weil damals ein Konsulent bestellt worden ist, der eigentlich der Vertreter des Verpächters gewesen ist. Es ist auch unmöglich dem Verlangen nachzukommen, das ganze Ausmaß der Gründe bekanntzugeben, weil das bisher noch nicht vorhanden ist. Auch deswegen kann der Betrieb nicht weitergeführt werden. Die Erträge in Deutsch-Altenburg, Weißer Hof, Kobenzl und in der Lobau im Gesamtsumme von 824 Hektar ergaben im Wirtschaftsjahr 1918/19 296 000 K, denen Ausgaben von 456 000 K gegenüber standen. Man müsse sich aber auch entscheiden, ob man Wien mit Lebensmitteln versorgen wolle oder ob man die Gründe für Siedlungszwecke verwenden wolle. Das Gemüse, das nach Wien geliefert wurde, steht in einem so merkwürdigen Verhältnis zum Bedarf, daß es nicht der Mühe wert ist, davon zu reden. Leopoldau hat nur einige weniger Waggens Lebensmittel gebracht, Kobenzl 47 Meterzentner Korn, 266 Meterzentner Hafer, was sonst geliefert wurde ist nicht der Rede wert. So sieht es auch bei den andern Gütern aus. Gemüse alles zusammen genommen wurden 12 Meterzentner Bohnen, 118 Meterzentner Erbsen, 232 Meterzentner Spinat, das sind ungefähr 5 Waggon auf-

gebracht. Was die Wegfreiheit anlangt, so wird diese, so wie sie jetzt war, wohl nicht aufrecht erhalten werden können, weil heute die Leute in jede Kultur hineingehen. Die normalen Wege allerdings werden nicht abgesperrt werden. Die Frage des Kleingarten und Siedlungswesens, die auch uns sehr wichtig erscheint, wird nicht untergehen dafür können wir alle Garantie geben. Es wird Sache des betreffenden Ausschusses sein, die Bedeutung dieser Frage ganz besonders hervorzuheben. Wenn es sich aber darum handelt, hierfür neue Plätze zu schaffen, gibt es in der Umgebung Wiens weitaus bessere als sie unsere Güter bieten, ich verweise da nur auf die Städte Schotten und Klosterneuburg. (Zwischenruf Die haben schon viel hergegeben.) Ja, wir haben Ihnen auch hierfür in öffentlicher Sitzung den Dank ausgesprochen und hoffen, daß Sie für diese Zwecke auch noch weiteres Land hergeben werden. Was den Einfluß in der neuen Gesellschaft anbelangt, werden wir dort tatsächlich den größten Einfluß besitzen, den wir nur wünschen können, wofür ja auch schon die Vorberatungen den Beweis erbracht haben. Zum Schlusse kann ich nur noch einmal betonen: Wir sind außer Stande als Gemeinde, die nur der Verwaltung dient, eine Landwirtschaft zu führen, nachdem wir den größeren Teil dieser für uns wirklich nicht rentablen Pachtungen bereits abgegeben haben.

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag Kürber abgelehnt und der Referentenantrag unverändert angenommen. Der Antrag Schmitz auf Ausgestaltung des Kleingartenreferates wird genügend ~~unterstützt~~ unterstützt und an den betreffenden Ausschuss geleitet.

Der Bürgermeister erklärt sodann, daß bezüglich des Referates des Dr. Scheu auf eventuelle Ueberlassung des Erholungsgebietes „Villa Vergani“ in Emmerdorf an die deutschösterreich. Schriftsteller-genossenschaft keine Wortmeldung erfolgt ist, daher der Referentenantrag angenommen erscheint.

Die beiden noch verbleibenden Referate werden der nächsten Sitzung zu-gewiesen und diese Sitzung geschlossen.